

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

11. Sitzung
6. April 2022

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 18.24 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU), Stellv. Vorsitzender,
zeitweise Dr. Manuela Schmidt(LINKE),
zeitweise André Schulze (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen der Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist auf einen Vorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktionen Die Linke, den Tagesordnungspunkt 1 auf die Sitzung am 1. Juni 2022 zu vertagen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - 09

Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht SenWGPG – V D – vom 23.03.2022
**Liste über geplante Maßnahmen zur Übertragung
der Bauherrenschaft für Bauvorhaben
hier: Zustimmung Maßnahme 2-4**
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung
vom 04.12.2020)

[0219](#)
Haupt

Vertagt.

Finanzen – 15

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben SenFin vom 25.03.2022
**Beauftragung eines Forschungsprojekts
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0224](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben wie beantragt zuzustimmen.

Punkt 2 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0279
**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur
Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im
Zusammenhang mit der Aufklärung der im
Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten
rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln**
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

[0230](#)
Haupt

Stellv. Vorsitzender Stephan Schmidt führt aus, der Antrag sei dem Hauptausschuss vorab zur Beratung überwiesen worden. Eine Überweisung zur Beratung an den fachlich federführenden Rechtsausschuss solle erst in der Plenarsitzung am 7. April 2022 erfolgen. Er schlage daher vor, der Hauptausschuss möge seine Beratung und die Beschlussfassung allein auf die Ziffer 3 des Einsetzungsantrags, Drucksache 19/0279, beschränken. Ziffer 3 enthalte die haushaltsmäßigen Auswirkungen des Einsetzungsantrags. Ferner rege er an, von einer Beratung und Beschlussempfehlung an das Plenum zu den Ziffern 1, 2 und 4 des vorliegenden

Einsetzungsantrags im Hauptausschuss abzusehen und dies dem Rechtsausschuss zu überlassen. Analog sei im Hauptausschuss bereits in einem ähnlichen Vorgang verfahren worden. – Er könne Einvernehmen zu diesem vorgeschlagenen Verfahren konstatieren.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ziffer 3 des Einsetzungsantrags, Drucksache 19/0279, anzunehmen. Im Übrigen sieht der Hauptausschuss einvernehmlich von einer Beschlussempfehlung ab. Dringlichkeit ist nicht erforderlich. Der Antrag wird im kommenden Plenum zunächst an den Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen. Eine Beschlussfassung im Plenum ist nach Ostern geplant.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (1. Lesung)

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200](#)
Drucksache 19/0200 Haupt (f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200-Anlage](#)
Drucksache 19/0200-Anlage

Mitberaten werden:

- a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0174](#)
Drucksache 19/0225 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025
- a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022 [0174 A](#)
**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025** Haupt
- b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022 [0137 A](#)
**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023** Haupt
**(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)**
hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)

- c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022 [0001 A](#)
Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)
Haupt
- d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022 [0173](#)
FM-Titelliste
Haupt
- e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022 [0200 A](#)
IKT-Titelliste
Haupt

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

A. Bezirke (Anhörung)

Mitberaten wird:

- Bericht SenKultEuropa – II C Se – vom 10.03.2022 [0177](#)
Musikschulen
gemäß Auflage B. 110 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 6. Sitzung am 18.03.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)
Haupt

01 - Mitte

02 - Friedrichshain-Kreuzberg

03 - Pankow

04 - Charlottenburg-Wilmersdorf

05 - Spandau

06 - Steglitz-Zehlendorf

07 - Tempelhof-Schöneberg

08 - Neukölln

09 - Treptow-Köpenick

10 - Marzahn-Hellersdorf

11 – Lichtenberg

12 – Reinickendorf

Siehe Wortprotokoll.

Fortsetzung der Protokollierung zu:

Punkt 3 der Tagesordnung

B. Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke (1. Lesung)

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres, Digitalisierung und Sport –

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass das Kapitel bereits bei der ersten Lesung des Einzelplans 05 am 1. April 2022 aufgerufen worden sei.

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz –

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass das Kapitel bei der ersten Lesung des Einzelplans 07 am 8. April 2022 aufgerufen werde.

Kapitel 2708 – Aufwendungen der Bezirke - Kultur und Europa –

Vorsitzender Stephan Schmidt informiert, dass das Kapitel bei der ersten Lesung des Einzelplans 08 am 6. April 2022, also im Folgenden, aufgerufen werde.

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke - Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung -

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, dass das Kapitel bereits bei der ersten Lesung des Einzelplans 09 am 25. März 2022 aufgerufen worden sei.

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie -

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist darauf, dass das Kapitel bereits bei der ersten Lesung des Einzelplans 10 am 30. März 2022 aufgerufen worden sei.

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales -

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, dass das Kapitel bereits bei der ersten Lesung des Einzelplans 11 am 25. März 2022 aufgerufen worden sei.

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Vorsitzender Stephan Schmidt gibt an, dass das Kapitel bei der ersten Lesung des Einzelplans 12 am 8. April 2022 aufgerufen werde.

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Vorsitzender Stephan Schmidt erwähnt, dass das Kapitel bei der ersten Lesung des Einzelplans 13 am 6. April 2022, also im Folgenden, aufgerufen werde.

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob es über die dort genannten konkreten Unterstützungsmaßnahmen für die Bezirke hinaus inzwischen weitere finanzrelevante Vereinbarungen gebe, die sich in den Erläuterungen noch nicht widerspiegeln.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) stellt klar, dass in dem Titel an zentraler Stelle Vorsorge getroffen worden sei für Themen, die bereits aus dem Koalitionsvertrag ersichtlich seien, aber auch für Annahmen in Bezug auf Tarifsteigerungen, Steigerungen bei den Transferausgaben, sofern diese fix seien und nachbudgetiert würden. Darüber hinaus würden aus dem Titel auch Maßnahmen aus der Zielvereinbarung Neustartagenda Verwaltung finanziert. Im Ergebnis einer intensiven Diskussion mit den Bezirken sei entschieden worden, die Maßnahmen nicht zu deckeln, da das ggf. dazu führte, dass sich Zielvereinbarungen portionierten Ressourcen anpassten oder nach dem Windhundprinzip durchgeführt würden, was zulasten der Qualität ginge.

In dem von der Senatskanzlei gesteuerten Prozess der Zielvereinbarung verständigten sich die Bezirke, Fachverwaltungen und SenFin gemeinsam darauf, welche Qualitätssteigerungen, Angleichungen und neuen Impulse gemeinsam, gesamtstädtisch gesetzt würden. Erst am Ende dieses Prozesses könne für jedes Thema ein „Preisschild“ identifiziert werden. Insofern enthalte der Titel keine Präzisierung. Es sei aber noch etwas Spielraum vorhanden für jene noch nicht ausdifferenzierten Projekte, die Senat und Bezirke gemeinsam angehen wollten.

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, er verstehe die Erläuterungen der Staatssekretärin so, dass die Zielvereinbarungen qualitativ umgesetzt würden und diese Umsetzung nicht am Geld scheitern werde, da in dem Titel entsprechend Vorsorge getroffen sei. Das begrüße er.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) bestätigt, dass das so vorgesehen sei. Allerdings müsse an manchen Punkten die Frage gestellt werden, welche Standards und Ziele bei den insgesamt vorhandenen Ressourcen erreichbar seien. Wenn alle könnten, wie sie wollten, wäre man einen Schritt weiter. Dennoch solle ein finanzierbarer Rahmen eingehalten werden; es müssten Prioritäten gesetzt werden. Zu vermeiden sei eine Situation mit hohen Zielen ohne entsprechende Ressourcen. Es gelte, einen gemeinsamen Blick auf die Realität und die Umsetzbarkeit zu entwickeln.

Lars Rauchfuß (SPD) will wissen, ob es zutreffe, dass das Projekt der Rekommunalisierung der Schulleinigung in dem Titel veranschlagt sei und in der Liste der Maßnahmen in den Erläuterungen noch ergänzt werden müsste.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) bemerkt, dass der Titel bereits die Tagesreinigung an Schulen beinhalte. Allerdings sei das durch das Schreiben von SenFin von Anfang März als veralteter Stand anzusehen. Das Pilotprojekt Schulreinigung sei noch nicht in dem Titel enthalten, und zwar aufgrund fehlender Veranschlagungsreife. Bereits in den Fragen an die Bezirke sei angeklungen, dass noch inhaltliche, qualitative Arbeit erforderlich sei, um genauere Zahlen zu generieren und dann zu analysieren, welche Modelle wirtschaftlich seien und ausgedehnt werden könnten. Insofern bitte sie um etwas Geduld und Verständnis.

Kapitel 2730 – Kalkulatorische Verrechnungen

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass die zweite Lesung des Einzelplans 27 am 8. Juni 2022 stattfinde. Zu den Bezirkshaushaltsplänen erwarte der Ausschuss noch die Nachschau von SenFin. Diese werde am 23. Mai 2022 im Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal besprochen.

Vor dem anstehenden Wechsel im Vorsitz danke er Frau Frisch und Herrn Nowak vom Ausschussbüro für die gute Vorbereitung seiner Sitzungsleitungspremiere.

Einzelplan 08 – Kultur und Europa

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt fragt, ob es generelle Anmerkungen gebe.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu ausgewählten Titeln bis Freitag schriftliche Fragen einreichen und diese im Laufe der weiteren Beratung jeweils anmelden werde. Eine Diskussion dazu könne ggf. bei der zweiten Lesung erfolgen. Um die Berichte aus dem Fachausschuss einarbeiten zu können, bitte er darum, den Einzelplan im Ganzen zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Kapitel 0809 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Personalüberhang –

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur –

Mitberaten werden:

- a) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021 [0107](#)
Wirtschaftspläne 2022/2023 Haupt
hier nur:
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Kultur:
MG 02 Bühnen und Tanz
- Titel 68219 Hebbel-Theater Berlin-GmbH
- Titel 68242/ 89177 Deutsches Theater Berlin
- Titel 68243/ 89178 Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz
- Titel 68246/ 89179 Maxim Gorki Theater Berlin
- Titel 68248/ 89180 Theater an der Parkaue
- Titel 68321 Schaubühne am Lehniner Platz gemeinnützige Theaterbetriebs GmbH
- Titel 68323 „Grips“ – Theater gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Titel 68327 Berliner Ensemble GmbH
- Titel 68328 sasha waltz & guests GmbH
- Titel 68342 Neue Theater-Betriebs GmbH Renaissance Theater
- Titel 68342 Halliwood Filmgesellschaft mbH (Schlosspark Theater)
- Titel 68342 Komödie Berliner Privattheater GmbH
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

- b) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021 [0107 A](#)
Wirtschaftspläne 2022/2023
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Kultur:
MG 02 Oper
- Titel 68239 / 89450 **Stiftung Oper in Berlin gesamt**
- Titel 68239 / 89450 **Staatsoper Unter den Linden**
- Titel 68239 / 89450 **Deutsche Oper Berlin**
- Titel 68239 / 89450 **Komische Oper Berlin**
- Titel 68239 / 89450 **Staatsballett Berlin**
- Titel 68239 / 89450 **Bühnenservice**
- Titel 68239 / 89450 **Stiftungsdach**
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)
- c) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 23.12.2021 [0107 B](#)
Wirtschaftspläne 2022/2023
hier nur:
Kapitel 0810 – Kultur:
MG 02 Bühnen und Tanz
- Titel 68322 **ATZE Musiktheater GmbH**
- Titel 68322 **Kultursprünge im Ballhaus Naunynstraße
gGmbH**
- Titel 68322 **Ballhaus Ost e. V.**
- Titel 68322 **Constanza Macras | DorkyPark GmbH**
- Titel 68322 **DOCK ART GmbH**
- Titel 68322 **Saalbau Neukölln Kultur und
Veranstaltungs GmbH**
- Titel 68322 **Kleines Theater am Südwestkorso GmbH**
- Titel 68322 **Neuköllner Oper e. V.**
- Titel 68322 **Sophiensäle GmbH**
- Titel 68322 **Tanzfabrik Berlin e. V.**
- Titel 68322 **Theater im Palais – Theaterverein Am
Festungsgraben e. V.**
- Titel 68322 **Theater Strahl gGmbH**
- Titel 68322 **Theater Thikwa e. V.**
- Titel 68322 **Theaterdiscounter**
- Titel 68322 **Vaganten Bühne Berlin gemeinnütziges
Theater GmbH**
- Titel 68362 **Cie. toula limnaios GbR**
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den
Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

- d) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021
Wirtschaftspläne 2022/2023
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Kultur:
MG 03 Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur
- Titel 68208 Stiftung Topographie des Terrors – inklusive Dokumentationszentrum zur NS-Zwangсарbeit Berlin-Schöneeweide –
- Titel 68502 / 89448 Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin
- Titel 68522 Stiftung Preußischer Kulturbesitz (eingeschränkte Übersicht)
- Titel 68528 / 89441 Stiftung Bröhan-Museum
- Titel 68530 Trägerverein Haus der Wannsee-Konferenz e. V.
- Titel 68539 / 89311 Bauhaus-Archiv e. V.
- Titel 68551 / 89453 Stiftung Berlinische Galerie
- Titel 68573 Aktives Museum e. V.
- Titel 68573 Atelierhaus Dahlem gGmbH
- Titel 68573 Georg – Kolbe – Stiftung
- Titel 68573 Jugend im Museum e. V.
- Titel 68573 Käthe-Kollwitz-Museum und grafische Sammlungen Hans Pels-Leusden e. V.
- Titel 68573 Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums Berlin e. V.
- Titel 68573 Werkbundarchiv e. V. – Museum der Dinge
- Titel 68587 / 89451 Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (eingeschränkte Übersicht)
- Titel 68588 / 89444 Stiftung Stadtmuseum Berlin
- Titel 68622 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- Titel 68624 Stiftung Berliner Mauer
- Ohne MG**
- Titel 68619 Stiftung Domäne Dahlem
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0107 C](#)
Haupt

- e) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021
Wirtschaftspläne 2022/2023
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Kultur:
MG 04 Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene)
- Titel 68216 Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH
- Titel 68258 / 89172 – Konzerthaus Berlin / Schauspielhaus am Gendarmenmarkt
- Titel 68259 Stiftung Berliner Philharmoniker
- Titel 68575 Akademie für Alte Musik Berlin GbR
- Titel 68575 Chorverband Berlin e. V. (aus datenschutzrechtlichen Gründen ohne Stellenplan)
- Titel 68618 Musicboard Berlin GmbH

[0107 D](#)
Haupt

Ohne MG

- Titel 68303 Initiative Neue Musik Berlin e. V. (aus datenschutzrechtlichen Gründen ohne Stellenplan)
- Titel 68320 Kulturprojekte Berlin GmbH
- Titel 68569 Neue Babylon Berlin GmbH
- Titel 68569 Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V.
- Titel 68639 Stiftung Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung
- Titel 68621 Consense – Gesellschaft zur Förderung von Kultur mbH (Kulturbrauerei)
- Titel 68621 RambaZamba e. V.
- Titel 68621 Internationales Kultur Centrum Ufa Fabrik e. V.

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

- f) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021 [0107 E](#)
Wirtschaftspläne 2022/2023
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und
Europa – Kultur: Haupt
MG 05 Förderung der Bildenden Kunst
- Titel 68577 Kulturwerk des Berufsverbandes
Bildender Künstler Berlins GmbH
- Titel 68577 Künstlerhaus Bethanien GmbH
- Titel 68577 Kunst-Werke Berlin e. V.
- Titel 68577 Neue Gesellschaft für bildende Kunst
e. V. (nGbk)
- Titel 68577 Neuer Berliner Kunstverein gGmbH
(n.b.k.)

MG 06 Förderung der Literatur und Bibliotheken
- Titel 68408 Berliner Blindenhörbücherei gGmbH
- Titel 68578 Haus für Poesie (Literaturbrücke
Berlin e. V.)
- Titel 68578 LesArt (Gemeinschaft z. Förderung v.
Kinder- u. Jugendliteratur e. V.)
- Titel 68578 Literarisches Colloquium Berlin e. V.
- Titel 68578 Literaturforum im Brecht-Haus
(Gesellschaft für Sinn und Form e. V.)
- Titel 68578 Literaturhaus Berlin e. V.
- Titel 68568/ 89421 Stiftung Zentral- und
Landesbibliothek Berlin
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)
- g) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 03.03.2022 [0107 F](#)
Wirtschaftsplan 2022/2023
Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa
– Kultur Haupt
MG 02 – Bühnen und Tanz
Titel 68225 – Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft
mbH
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 5. Sitzung am 16.03.2022 zu den
Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

- h) Bericht SenKultEuropa – I C 1 So – vom 28.09.2021 [0080](#)
Deutsches Technikmuseum
gemäß Auflage B. 52 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme (Rote Nummer
3163 C aus der 18. WP übernommen)
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt) Haupt
- i) Bericht SenKultEuropa – II B – vom 15.03.2022 [0188](#)
Nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagte
Baumaßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur
und Europa aus dem Jahr 2021
gemäß Auflage A. 17 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 Haupt
- j) Bericht SenKultEuropa – I B Ctrl – vom 29.03.2022 [0226](#)
Finanzielle Entwicklung der landeseigenen Theater-
und Orchesterbetriebe
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung
der 13. WP vom 28.04.1999 – und der 28. Sitzung der
17. WP vom 16.01.2013) Haupt
- k) Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pu – vom 01.04.2022 [0234](#)
Wirtschaftsplan 2022/2023
Kulturraum Berlin GmbH
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 Haupt

Sibylle Meister (FDP) bittet um eine Aufstellung derjenigen Institutionen, die Mittel der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch genommen hätten. Warum hätten nicht alle Institutionen Mittel abgerufen? – Des Weiteren wolle sie wissen, welche Institutionen Mittel der Coronasoforthilfe IV in Anspruch genommen hätten.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) sagt zu, dass schriftlich berichtet werde. Zusammenfassend könne er sagen, dass diejenige Institutionen, die über einen schon länger existierenden oder noch kurzfristig abgeschlossenen Kurzarbeitstarifvertrag verfügt hätten, Mittel der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch genommen hätten – alle anderen nicht. SenKultEuropa habe Druck gemacht, um gemeinsam mit SenFin entsprechende Lösungen zu finden, was zumindest teilweise gelungen sei. – Bei der Coronasoforthilfe IV sei bereits die „Runde 7“ erreicht worden. Nach der abschließenden „Runde 8“ bis Juni werde die Umstellung auf die neue Systematik erfolgen.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, zum Punkt „Weitere spartenübergreifende Maßnahmen ohne Zuordnung zu einer der Maßnahmengruppen“ Fragen einzureichen.

Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)

Antonin Brousek (AfD) macht darauf aufmerksam, dass die Zahlen für beide dort genannten Programme bzw. Maßnahmen nicht nur auf Seite 29, sondern auch noch einmal identisch auf Seite 63 des Einzelplans – Titel 68692 – Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) – aufgeführt würden.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erläutert, dass die angesprochenen europäischen Mittel sowohl als Einnahme- als auch als Ausgabetitel im Haushaltsplan enthalten seien, sodass der Haushalt hinsichtlich der europäischen Mittel letztlich ausgeglichen sei. Das Ganze gleiche einem Nullsummenspiel. Er verweise auf entsprechende Berichtsaufträge aus dem Kulturausschuss.

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke

Hendrikje Klein (LINKE) äußert sich verwundert darüber, dass unter diesem Titel in Bezug auf das Ist 2020 eine Zahlung von der Stadt München erwähnt werde, zumal die bayerische Landeshauptstadt nur schwerlich als Ausland anzusehen sei.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) führt aus, dass es sich um EU-Mittel handele, die aber im Rahmen des EU-Projekts von der Stadt München angewiesen würden.

Titel 51990 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich mit Blick auf den hohen Restbetrag, ob es einen Abflussplan gebe und entsprechend mitgeteilt werden könne, wie viel Geld davon in diesem Jahr ausgegeben werden könne.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) stellt dar, dass aufgrund eines Sponsoringvertrags mit der Vattenfall Europe AG von 2004 bis 2016 jährlich 200 000 Euro zweckgebunden für die Pflege und bauliche Unterhaltung des Brandenburger Tors geflossen seien. Für dieses Baudenkmal bestehe eine Zuständigkeit von SenKultEuropa, jedoch würden die Mittel seit 2011 bei der BIM für den Bauunterhalt vereinnahmt. Der im Titel vorhandene Restbetrag stamme demnach aus der Zeit vor 2011. In Hinblick auf die im Jahr 2020 noch existenten 1,5 Millionen Euro habe seine Verwaltung mit der BIM in Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt eine Projektvereinbarung in Höhe von 600 000 Euro geschlossen, und zwar für einen 3-D-Scan des Gesamttors sowie eine denkmalgerechte und restauratorische Instandsetzung der Durchfahrten. Von der Projektsumme seien insgesamt 120 000 Euro abgeflossen, folglich noch 480 000 Euro gebunden. Dieser Betrag solle in diesem Jahr verausgabt werden. Am Ende blieben demnach noch ca. 900 000 Euro übrig, die für weitere größere bauliche Maßnahmen im Kontext mit der Unterhaltung des Brandenburger Tors zur Verfügung stünden. Auch im Jahr 2023 würden damit weitere Mittel über den Titel abfließen.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Dirk Liebe (SPD) fragt in Anknüpfung an den Bericht rote Nr. 0188, wie sich die Situation um den Friedhof der Märzgefallenen aktuell darstelle und aus welchen Gründen es Verzögerungen hinsichtlich des Grundstückankaufs und der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund gebe.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erinnert an die Verständigung, den Friedhof der Märzgefallenen als Gedenkort von nationaler Bedeutung zu einem Lern- und Erinnerungsort für die Demokratiegeschichte, ein Besucherzentrum eingeschlossen, zu machen. Die Finanzierung trügen je zur Hälfte Bund und Land. Der Kaufvertrag für die benötigte Liegenschaft Landsberger Allee 49 zwischen Vivantes als bisherigem Eigentümer und der BIM als verantwortlicher Stelle für die Baumaßnahme liege vor; auch der Senat sei damit befasst. Später werde ein Mietvertrag zwischen der BIM als Geschäftsführerin des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin – SILB – und dem Paul-Singer-Verein geschlossen. Die institutionelle Förderung werde dann aus den konsumtiven Mitteln des Einzelplans 08 erfolgen. Sei man zunächst von einer Fertigstellung der Baumaßnahme im Jahr 2023 ausgegangen und habe man vorsorglich Mittel für die Miete in die FM-Planung eingestellt, so könne aufgrund der angesprochenen Übertragungsverzögerung nun erst mit einem Abschluss im Jahr 2025 gerechnet werden. Gleichwohl müsse in Hinblick auf die FM-Mittel haushalterisch Vorsorge getroffen werden, damit die BIM überhaupt agieren könne. Die Ausgestaltung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund sei eine Wissenschaft für sich.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, ob der in den Erläuterungen zu dem Titel aufgeführte Sicherheitsdienstleister, der die Coronaverordnungen bei den Besucherinnen und Besuchern überprüfe, bereits ausgewählt bzw. beauftragt sei.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) bejaht dies. Die entsprechenden Mittel seien bereits geflossen. In ihrer Höhe entsprächen sie zumindest der Hälfte der Kosten, die den bezirklichen Ämtern für Kultur und Weiterbildung für die Aufrechterhaltung des Bibliotheksbetriebs durch die Beauftragung von Sicherheitsdienstleistern entstanden seien. Ansonsten wäre die Öffnung der Bibliotheken mit einer Einschränkung ihres Angebots erkaufte worden. Zudem werde mit den Mitteln des Titels Vorsorge getroffen, falls es erneut zu einer solchen Situation komme. Sollte das nicht eintreffen, könnten die dafür vorsorglich vorgesehenen Mittel auch nicht anderweitig verausgabt werden. Coronabedingte Mehrausgaben würden separat betrachtet und abgerechnet.

Titel 68417 – Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung

Hendrikje Klein (LINKE) will wissen, welche konkreten Projekte von SenKultEuropa und SenBJF in diesem Rahmen kofinanziert würden und wie diese im Doppelhaushalt abgesichert seien. Eventuell komme ein schriftlicher Bericht infrage.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob die Möglichkeit bestehe, Projekte, die im Einzelplan 10 wegfielen bzw. gekürzt würden, im Einzelplan 08 gleichsam aufzufangen.

Christian Goiny (CDU) bittet mit Blick auf Titel 68380 – Zuschüsse für Kulturaustausch – um die schriftliche Beantwortung der Frage, wer und was warum finanziert werde.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) kündigt an, zum Titel 68417 – Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung – einen Bericht zu liefern, der eine Aufstellung der finanzierten Projekte enthalte. Seiner Kenntnis nach seien die Projekte im Einzelplan 10 nicht berücksichtigt worden.

Zum Titel 68380 – Zuschüsse für Kulturaustausch – werde ebenfalls ein schriftlicher Bericht folgen.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt bemerkt, dies könnte einer der Titel sein, die im Zusammenhang mit der neuen Situation in Berlin gesondert angefasst werden müssten.

Titel 68610 – Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen

Benedikt Lux (GRÜNE) erkundigt sich, warum der Teilansatz für die ernste Musik am stärksten steige.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Oda Hassepaß (GRÜNE) will wissen, welche Mehrausgaben im Rahmen des Kultursommers konkret geplant seien, und warum.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt, zum Kultursommer werde ein Bericht geliefert. – In den Teilansatz für die ernste Musik im Titel 68610 sei eine Basisförderung der Alten Musik aufgenommen worden. Ab 2023 würden dafür 300 000 Euro zur Verfügung gestellt. Bisher hätten im Bereich der professionellen Musikförderung adäquate Förderinstrumente für die Alte Musik gefehlt.

Christian Goiny (CDU) sagt, dass er diese Neuerung ausdrücklich begrüße. – Aus welchem Titel werde die Tangoszene in Berlin finanziert?

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) betont zunächst, dass in der Regel der professionelle Kunstbetrieb gefördert werde. Als Fördermöglichkeiten infrage kämen hier die spartenoffene Förderung, der Hauptstadtkulturfonds und die Bezirkskulturfonds. Bisher fehle allerdings eine spezielle Fördermöglichkeit für den Tango. Das verweise auf das grundsätzliche Problem, für Spartengerechtigkeit zu sorgen, ohne ein zu kleinteiliges Förderinstrumentarium zu schaffen. Insgesamt tue seine Verwaltung viel für den zeitgenössischen Tanz.

Christian Goiny (CDU) stimmt zu, dass man nicht für jede kulturelle Ausdrucksform einen eigenen Fördertopf vorsehen könne. Allerdings sei der Tango in Berlin, auch im europäischen Vergleich, so relevant, dass er einer besonderen Betrachtung wert sei.

Zum Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge – erfrage er, was die Mitgliedschaft im Netzwerk der Kulturstädte Europas mit sich bringe.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) antwortet, dass der Zweck dieser Mitgliedschaft in engem Austausch und enger Zusammenarbeit bestehe.

Titel 68621 – Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, was mit den nicht erläuterten 10,5 Millionen Euro für das Jahr 2022 und 2,5 Millionen Euro für 2023 geschehen solle.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt vor dem Hintergrund der Erläuterung, dass das geplante Zentrum für Jazz und improvisierte Musik 2026 eröffnet werden solle, wofür genau die Mittel für 2022 und 2023 vorgesehen seien.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, er wolle neben Fragen zu dem in Rede stehenden Titel auch zu Titel 68615 – Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler – und Titel 68616 – Zuschüsse für Projekte aus Mitteln des Hauptstadtkulturfonds – schriftliche Fragen einreichen.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) führt aus, dass die nicht näher erläuterten Millionensummen für 2022 und 2023 im Zusammenhang mit dem schnellen Verfahren zur Aufstellung des Haushalts zu sehen seien. Im Zuge dessen seien bei der Übermittlung an der einen oder anderen Stelle möglicherweise Erläuterungen nicht so in den Haushaltsplan aufgenommen worden, wie man sich das gewünscht habe. Dafür bitte er um Entschuldigung. – Inhaltlich gehe es etwa um das Jugendkulturticket, das zum Sommer herausgebracht werden solle. Außerdem seien im Rahmen der regulären Verstärkung der Stipendien für 2022 und 2023 zusätzliche Ressourcen veranschlagt worden. Zugrunde liege der Gedanke, ein Stück weit von der Projektorientierung wegzukommen und den Fokus eher auf strukturelle Unterstützungsmaßnahmen für die Kulturszene zu legen. Das sei eine der Schlussfolgerungen aus der Coronapandemie. Angesichts der aktuellen Entwicklung könnte sich die Notwendigkeit ergeben, im laufenden Jahr einen besonderen Schwerpunkt zu setzen. Hierüber werde der Fachausschuss beraten.

Die im Doppelhaushalt eingestellten Mittel für das gemeinsam mit dem Bund geplante Zentrum für Jazz und improvisierte Musik in der Alten Münze würden für vorbereitende Arbeiten benötigt. Allerdings bereiteten der Zeit- und Kostenrahmen durchaus Schwierigkeiten. Außerdem müsse so manche Diskussion nach dem Wechsel im Amt der Staatsministerin für Kultur und Medien auf Bundesebene neu geführt werden. Aus seiner Sicht sei die Errichtung des Zentrums angesichts der Bedeutung des Jazz für Berlin und Deutschland nach wie vor wichtig, jedoch reichten die seinerzeit bereitgestellten Beträge nicht aus. Berlin könne die Investitionsmittel nicht allein stemmen. Bezüglich Betriebsstrukturen und Beteiligungsprozessen mit beteiligten Akteuren sei Berlin in gewissem Sinne in Vorleistung gegangen. Er gehe davon aus, dass es ein solches Zentrum nur geben könne, wenn sich der Bund in nennenswerter Höhe an den Betriebskosten beteilige.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit

Hendrikje Klein (LINKE) äußert, anhand des Titels exemplarisch fragen zu wollen, ob es bereits absehbar sei, in welchen Bereichen ein Bedarf für die Förderung von Künstlerinnen

und Künstlern mit vorhandenen Programmen bestehe, die vor dem Krieg in der Ukraine oder vor politischen Repressalien in Russland oder Weißrussland nach Berlin flöhen.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) gibt an, dass der Umgang mit vom russischen Krieg in der Ukraine ausgelösten Mehrausgaben Thema der letzten Senatssitzung gewesen sei. Zu Recht seien die drei Länder genannt worden. Aus seiner Sicht solle auf bewährte Instrumente wie das Programm „Weltoffenes Berlin“ zurückgegriffen werden, um dem neuen Bedarf zu entsprechen; auf diese Weise werde auch auf Bundesebene verfahren. Die Frage, wie das bei den Haushaltsberatungen konkret umgesetzt werden könne, bedürfe noch der Klärung zwischen den Fachverwaltungen sowie zwischen dem Hauptausschuss und SenFin. Zudem verweise er auf die am kommenden Tag stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz, auf der auch die Erstattung verauslagter Mittel thematisiert werde. Der Bund werde klären müssen, inwieweit er sich beteilige, was wiederum Rückwirkungen darauf habe, was Berlin tun könne. Angedacht seien hierzulande beispielsweise 15 zusätzliche Fellowships für ukrainische Künstlerinnen und Künstler. Zudem sei Berlin Mitglied im International Cities of Refuge Network – ICORN –, das Artists at Risk unterstütze. Die so zugewiesenen Stipendiaten würden für ein Jahr in Berlin aufgenommen und unterstützt. Das Ganze werde vom Berliner Künstlerprogramm des DAAD kuratiert und umgesetzt. Darüber hinaus erscheine es sinnvoll, ein weiteres Stipendienprogramm in Erwägung zu ziehen, das speziell russischen und weißrussischen Künstlerinnen und Künstlern, denen in der Heimat die Luft zum Atmen fehle, zugutekommen solle.

Der Finanzsenator habe bei der letzten Sitzung des Senats gesagt, er gehe davon aus, dass man im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen auf etwas wie eine Nachschiebeliste zurückgreifen müsse. Ziel sei es, zu vermeiden, stets die einzelnen Titel anzutasten. Ein Berichtsauftrag aus dem Ausschuss für Kultur und Europa laute, die schon erkennbaren Mehrbedarfe in den Blick zu nehmen. Er gebe aber zu bedenken, dass derzeit noch alles im Fluss sei.

Christian Goiny (CDU) merkt an, dass die Entwicklung der nächsten Wochen durchaus antizipiert werden könne. In jedem Fall bitte er darum, den vom Kulturausschuss ausgelösten Bericht so aufzubereiten, dass er auch für den Hauptausschuss hinsichtlich der Projekte, Maßnahmen und auch mit Blick auf die angesprochene Frage der Finanzierung lesbar sei. – Gegenstand von Überlegungen könnte sein, vorhandene Kulturinstitutionen, Ensembles, Theatergruppen, Orchester, die freie Kulturszene und die Netzwerke teilhaben zu lassen, da diese schnell Kontakt zu Künstlerinnen und Künstlern aus den genannten Ländern aufbauten und diese mit in ihre Arbeit integrieren könnten; dies sei ein effizienter und möglicherweise günstiger Weg.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt wirft ein, dass manche Einrichtungen das bereits so handhabten.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert an die Verabredung, dass SenFin einen Vorschlag zum Umgang mit den kriegsbedingten Mehrkosten im Haushalt unterbreiten werde. Es erscheine sinnvoll, auf einer qualitativen Ebene ein Maßnahmensetting zusammenzustellen, und zwar als Untersetzung einer zunächst einmal zentral veranschlagten Finanzierung.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) begrüßt die Äußerungen seiner Vorredner. Es gehe darum, an vorhandene Strukturen anzudocken. Für den Kulturbereich könnten nicht nur qualitativ, sondern in einem gewissen Umfang auch quantitativ Angaben gemacht werden.

Titel 68696 – Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, ob der Senat die Mittel für auskömmlich halte, um die Bibliotheken in den Bezirken mindestens auf dem aktuellen Stand zu erhalten. Wie gestalte sich die Perspektive für die Zeit nach 2022, zumal angesichts des niedrigeren Ansatzes für 2023?

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) weist darauf hin, dass es bei dem Titel um die Inanspruchnahme von Mitteln der EU, genauer aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung – EFRE –, gehe, die dann aus Landesmitteln mit Kofinanzierungen versehen würden. Mit den „Bibliotheken im Stadtteil“ solle eine Verbesserung der Informationsversorgung in entsprechenden Förderkulissen, in sozial benachteiligten Kiezen bewirkt werden. Das Programm, mit dessen Hilfe zusätzliche Projekte angeboten würden, existiere neben der regulären Finanzierung aus den Mitteln der bezirklichen Ämter für Kultur und Weiterbildung. In der Regel handele es sich um konsumtive Mittel, zuweilen auch investive Mittel; Personalstellen würden damit eher nicht geschaffen.

Mit Blick auf die Unterstützung der Bibliotheken insgesamt weise er im Übrigen auf den Bibliotheksentwicklungsplan hin; die Mittel seien in Titel 68568 – Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin – bzw. in Titel 68578 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur – veranschlagt. Mithilfe dieser Mittel würden die Leistungen des Verbunds der Öffentlichen Bibliotheken Berlins – VÖBB – verbessert, etwa im digitalen Bereich. Ferner sei der Bibliotheksstärkungsfonds etabliert worden. Hinzu kämen Mittel, die die Bezirke im Rahmen der Erhöhung des Bezirksplafonds erhielten, um die Ausstattung der bezirklichen Standorte der Bibliotheken zu verbessern. Er verweise auf die entsprechenden Zahlen im Haushaltsplan. Angesichts der allgemein nicht ganz einfachen Finanzsituation Sorge das Land für eine gute Ausstattung der Bibliotheken. Umgekehrt erwarte er, dass auch die Bezirke im Rahmen der Globalsummen ihren Anteil leisteten. Hier könne das Instrument der Zielvereinbarung zum Einsatz kommen.

Benedikt Lux (GRÜNE) erklärt, dass sich seine Frage auf die „Bibliotheken im Stadtteil“ bezogen habe. Warum belaufe sich der Ansatz für 2022 trotz der monatelangen vorläufigen Haushaltswirtschaft auf 780 000 Euro, während er im kommenden Jahr bei nur noch 114 000 Euro liege? Eine ähnliche Beobachtung lasse sich bei dem Programm „Stärkung des Innovationspotentials in der Kultur“ machen.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) gesteht zu, dass er die Frage falsch verstanden habe; insofern bitte er um Nachsicht für die ausschweifenden Erläuterungen. – Zum Hintergrund sei zu sagen, dass der Finanzrahmen bei EU-Mitteln sieben Jahre betrage. Die Regularien gestatteten es, Mittel der alten Förderperiode bis zu zwei Jahre nach deren Ablauf zu nutzen. Im Titel 68697 – Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) – werde das Programm „Bibliotheken im Stadtteil“ durch die neue Maßnahme „Kultur und Bibliotheken im Stadtteil“ ersetzt, die ein Budget von insgesamt 14 Millionen Euro umfasse. Obgleich die auslaufenden Mittel der alten Förderperiode noch in diesem Jahr parallel

zu einem Teil des neuen Budgets verausgabt werden könnten, seien die Titel wegen der unterschiedlichen Förderperioden aber voneinander abgegrenzt; das betreffe sowohl Einnahme- als auch Ausgabetitel hinsichtlich EFRE-Mitteln sowie Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds – ESF –. Er verweise nochmals auf den vom Kulturausschuss angeforderten Bericht in dieser Sache.

Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

Titel 89122 – Zuschüsse zur Modernisierung von Immobilien mit kultureller Nutzung

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, wie die auch in den Richtlinien der Regierungspolitik als wichtig bezeichnete Sanierung und Herrichtung künstlerischer Arbeitsräume sichergestellt werden könne, wenn die Ansätze für 2022 und 2023 gegenüber 2021 gekürzt würden.

Ferner wolle sie wissen, wie der große Sanierungsstau bei den öffentlichen Kultureinrichtungen reduziert werden solle, wenn die Mittel für die Modernisierung von Immobilien mit kultureller Nutzung gegenüber 2021 drastisch von 10 Millionen Euro auf 2,5 Millionen Euro im Jahr 2022 und 1,8 Millionen Euro im Jahr 2023 gekürzt würden.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) äußert, dass die Fragen durchaus legitim seien. Allgemein seien alle Ressorts aufgefordert, die Investitionsplanung zu überarbeiten. SenKultEuropa habe eine pauschale Minderausgabe im investiven Bereich in Höhe von rund 9 Mio. Euro in diesem und rund 12,5 Mio. Euro im nächsten Jahr auflösen müssen. Im Kulturetat seien Investitionsmittel grundsätzlich relativ rar gesät. Er sei bereit, einen Bericht zu liefern, warum das wo und mit welchen Folgen so gehandhabt worden sei.

Titel 68322 – Zuschüsse an sonstige Privattheater

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, warum „Dock 11“ und „Tanzfabrik“ anders als die anderen aufgeführten Privattheater nicht mit zusätzlichen Mitteln bedacht worden seien, obwohl die in den Erläuterungen genannten Gründe für Mehrbedarfe – Mehraufwendungen bezüglich des Facility-Managements und des Mindestlohns – wohl auch auf sie zuträfen.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erläutert, dass die beiden genannten Theater nicht auf eine Umfrage seiner Verwaltung in Bezug auf den Mindestlohn und die zusätzlich zu berücksichtigenden Mittel geantwortet hätten. Die gestiegenen Kosten für das Facility-Management – FM – könnten nur für FM-Liegenschaften, sprich solche der BIM, berücksichtigt werden. Ansonsten würden im Rahmen der vierjährigen Konzeptförderung die Gutachterinnen und Gutachter ausgehend von einem Sockelbetrag einen Vorschlag unterbreiten, was die Verteilung der Mittel angehe. Auf dieser Grundlage flössen die Mittel bei stabilem Ausgabenniveau für den Zeitraum von vier Jahren stabil ab. Aktuell liege der Sonderfall vor, dass FM-Sonder- und Mindestlohnkosten berücksichtigungsfähig seien. Daneben werde der Versuch unternommen, die BIM, nicht zuletzt mit höheren Mieten, besser auszustatten, damit bauliche Unterhaltungsmaßnahmen aus den laufenden Mitteln erfolgen könnten.

Titel 68618 – Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion auf schriftlichem Wege Fragen einreichen werde.

Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

Oda Hassepaß (GRÜNE) will wissen, aus welchem Grund die Mittel für die C/O Berlin gegenüber 2021 halbiert würden.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, was SenKultEuropa ggf. unternehmen wolle, um die Zukunftsfähigkeit der renommierten C/O Berlin sicherzustellen. Er sei sich bewusst, dass diese Frage über den Horizont des aktuellen Doppelhaushalts hinausgehe und die Legislaturperiode im Ganzen in den Blick nehme. Seine Fraktion bitte darum, sich konzeptionell Gedanken um die Institution und deren Sicherung zu machen. In die Überlegungen sei auch der bisherige Zuschuss von SenWiEnBe mit einzubeziehen, der gleichsam zu großen Teilen für die Miete an die BIM weitergereicht werde, und damit das grundsätzliche Problem, wie Immobilien auf landeseigenen Standorten finanziert würden.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) stellt heraus, dass sich seine Verwaltung im ständigen Austausch mit Stephan Erfurt und dessen C/O-Galerie befinde. Daher wisse man um die Probleme und die Perspektiven der Entwicklung. Gemeinsam mit SenWiEnBe sei seine Verwaltung vor wenigen Jahren dazu übergegangen, die C/O-Galerie mit insgesamt 500 000 Euro zu fördern, von denen beide Verwaltungen je die Hälfte trügen. Der mit 500 000 Euro einmalig hohe Ansatz im Kulturretat 2021 sei auf zusätzlich zu den 250 000 Euro gezahlte Coronahilfen zurückzuführen. Nun kehre man zum vorherigen Zustand zurück. Auch SenWiEnBe halte seines Wissens nach an der Kofinanzierung fest.

Was die Perspektiven angehe, stelle sich an vielen Kulturorten die Frage, wie sich die derzeitige Inflation auswirken werde. Aus seiner Sicht sei hinsichtlich einer Institution wie der C/O Berlin darüber zu reden, ob man über Mietfreiheit noch etwas tun könne. Gleichzeitig müsse bedacht werden, dass dies Mindereinnahmen bei einem anderen wichtigen Dienstleister des Landes Berlin hervorriefe. Angesichts der über Berlin hinausstrahlenden Bedeutung des Standorts mit der C/O Berlin und dem Museum für Fotografie / Helmut-Newton-Stiftung sei auch ein zumindest projektbezogenes Engagement des Bundes bei der C/O Berlin zu diskutieren. Sollte die Galerie zu einem echten Zuwendungsempfänger werden, müssten auch Wirtschaftspläne usw. abgebildet werden; sie sollte sich darüber im Klaren sein, ob sie das wolle.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält anlässlich der Beendigung der Beratung zu Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur – fest, dass die beratenden Berichte rote Nrn. 0107,0107 A, 0107 B, 0107 C, 0107 D, 0107 E, 0107 F, 0080, 0188 und 0226 damit zur Kenntnis genommen seien.

Kapitel 0812 – Brücke-Museum

Kapitel 0813 – Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Kapitel 0814 – Landesarchiv

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0820 – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Mitberaten werden:

Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 22.12.2021
Wirtschaftspläne 2022/2023

[0107](#)
Haupt

hier nur:

Kapitel 0820 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften:

- Titel 68433 Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

Christian Goiny (CDU) kündigt eine schriftliche Berichtsbitte an.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0107 betreffend Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0830 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Europa –

Christian Goiny (CDU) erklärt, zu Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten – und Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit – Fragen einreichen zu wollen.

Kapitel 0840 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

Mitberaten werden:

Bericht SenKultEuropa – SE 1 Pa – vom 23.12.2021
Wirtschaftspläne 2022/2023

[0107 B](#)
Haupt

hier nur:

Kapitel 0840 – Denkmalschutz und Denkmalpflege:
- Titel 68569 Jugendbauhütte Berlin – Internationale Jugendgemeinschaftsdienste LV Berlin e. V. (ijgd)

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0107 B betreffend Jugendbauhütte Berlin – Internationale Jugendgemeinschaftsdienste LV Berlin e. V. ohne Aussprache zur Kenntnis.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, zu diesem und dem folgenden Kapitel auf schriftlichem Wege Fragen einzureichen.

Kapitel 0841 – Landesdenkmalamt

Keine weitere Wortmeldung.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt stellt fest, dass es zum Stellenplan keine allgemeinen Wortmeldungen gebe; die Detailfragen würden im zuständigen Unterausschuss besprochen. Damit sei die erste Lesung des Einzelplans 08 abgeschlossen. Die Berichte seien rechtzeitig zur zweiten Lesung am 25. Mai 2022, d. h. bis zum 18. Mai 2022 dem Hauptausschuss möglichst als Sammelvorlage zuzuleiten.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2708 – Aufwendungen der Bezirke - Kultur und Europa –

Keine Wortmeldung.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.25 bis 15.49 Uhr]

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

Mitberaten werden:

- a) Bericht SenWiEnBe – II A – vom 11.03.2022 [0196](#)
**Ampelcontrolling der Wirtschaftsförderung für das
Jahr 2021 (Soll-Ist-Förderportfolio)**
Haupt
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 10. Sitzung
der 16. WP vom 25.04.2017)
- b) Bericht SenWiEnBe – II A 2 – vom 18.03.2022 [0199](#)
**Übersicht über die verschiedenen Hilfsmaßnahmen
und Programme auf Bundes- und Landesebene für
die Wirtschaft im Zusammenhang mit der Corona-
Krise**
Haupt
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung
der 18. WP vom 27.05.2020)
- c) Bericht SenWiEnBe – IV D 28 – vom 11.03.2022 [0122 E](#)
Abwicklung der Corona Hilfen im Land Berlin
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)

- d) Bericht SenWiEnBe – IV B 1 Bo – vom 22.03.2022 [0215](#)
Vermüllung – Gesamtstrategie Saubere Stadt Haupt
gemäß Auflage B. 93 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

Amtierender Vorsitzender André Schulze fragt, ob es generelle Anmerkungen oder solche zu den vier genannten Berichten gebe.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, er werde einige titelübergreifende Berichtsaufträge schriftlich einreichen, und zwar zu den Coronahilfen, zur Kreativwirtschaft, zum Neustartprogramm, Tourismus und Messegeschäft sowie zum EFRE. Einerseits könne so Zeit gespart werden, andererseits sei es möglich, die Antworten ggf. in der zweiten Lesung zu diskutieren.

Amtierender Vorsitzender André Schulze erinnert daran, dass die Fragen gemäß dem üblichen Verfahren bis Freitag einzureichen seien.

Torsten Hofer (SPD) bittet mit Blick auf die rote Nr. 0199 darum, es möge in Ergänzung der Übersicht über die verschiedenen Hilfsmaßnahmen und Programme auf Bundes- und Landesebene für die Wirtschaft im Zusammenhang mit der Coronakrise eine Aufgliederung in Bundes- und Landeskosten vorgelegt werden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) sagt zu, eine solche Übersicht zu liefern.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert bezüglich rote Nr. 0122 E die Bitte, über die Anzahl der Unternehmen – absolut wie prozentual – zu informieren, die im März von den dort aufgeführten Optionen Gebrauch gemacht oder es angezeigt hätten. Des Weiteren interessiere seine Fraktion, wie sich die übrigen Optionen gestalteten, insbesondere dann, wenn keine Ratenzahlung in Betracht komme. Seien Bereiche vorhanden, bei denen mittlerweile nicht mehr mit einer Rückzahlung gerechnet werden könne? Welche Summe sei hierbei insgesamt zu erwarten?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bittet um Verständnis dafür, dass er diese Fragen schriftlich beantworten werde. In welchem Sinne bezögen sich die erbetenen Angaben auf den März?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) gibt an, dass es per 31. März zu verstehen sei.

Steffen Zillich (LINKE) weist mit Blick auf die Coronahilfen darauf hin, dass viele Unternehmen trotz der ausgereichten Darlehen unter Druck gerieten, was die Kapitaldecke betreffe. Insofern erscheine es denkbar, mehr mit Instrumenten wie Bürgschaften zu arbeiten. Bestünden solche Überlegungen, etwa auf Bundesebene?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt, dass solche Diskussionen auf Bundesebene geführt würden. Das Land Berlin werde das wahrscheinlich nicht hinbekommen. Die in den letzten beiden Jahren aufgebaute Förderstrategie Berlins habe darauf abgezielt, Lücken zu schließen. Seiner Kenntnis nach seien von den 6,3 Milliarden Euro, die in Berlin ausgezahlt worden seien, rund 1,3 Milliarden Euro auf das Land zurückzuführen, der Rest aber auf den

Bund. – Dem zitierten Bericht sei zu entnehmen, welche Unternehmen Kredite vorfristig zurückgezahlt hätten bzw. sich gerade in der Rückzahlung befänden oder eine Verlängerung um zwei Jahre mit einer Tilgungsrate von 2 Prozent anstrebten. Die noch nicht aufgeführten Unternehmen seien derzeit im Beratungsverfahren mit der IBB, die sich sehr flexibel zeige; gleichzeitig müsse sie sich an das Vertragsrecht halten.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Berichte rote Nrn. 0196, 0199, 0122 E und 0215 zur Kenntnis genommen seien.

Gender-Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert, er freue sich über die differenzierte Darstellung zur Thematik Gender-Budgeting. Insbesondere begrüße er es, dass auch auf qualitative Aspekte eingegangen worden sei und nicht nur auf quantitative. Seiner Erachtens könnten sich andere Verwaltungen an dieser Darstellungsweise orientieren.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erklärt, er werde das Lob an seine Verwaltung weiterleiten und danke dafür.

^

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zu Titel 51101 – Geschäftsbedarf –, Teilansatz 7 – Fahrgelder für Fahrten innerhalb Berlins –, warum dieser an dieser Stelle ausgewiesen werde. Er sei bislang davon ausgegangen, dass viele Mitarbeitende vom Jobticket Gebrauch machten. Er bitte deshalb um eine Erläuterung.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erwidert, nicht alle nutzten das Jobticket, zumal wenn sie Fahrrad führen. An diesen Betroffenenkreis würden Einzeltickets erstattet.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, diese Antwort reiche ihm an dieser Stelle aus.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) wendet sich Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements – zu, wozu sie wissen wolle, was die Erläuterung bedeute, dass vorsorglich für wahrscheinliche Verzögerungen im Baufortschritt Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen seien. Was bedeute dies konkret?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bedauert, die Gründe für die Verzögerungen könnten nicht im Detail benannt werden. Im Zusammenhang mit dem „neuen Arbeiten“ gebe es einige Umbauten, weil ein anderes Raumkonzept verwirklicht werden solle. Er sage zu, die Frage schriftlich zu beantworten.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Mitberaten werden:

Bericht SenWiEnBe – ZS F 13 – vom 03.12.2021

Wirtschaftspläne 2022/2023

hier nur:

**Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie
GmbH**

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0066](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0066 in Bezug auf Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH ohne Aussprache zur Kenntnis.

Antonin Brousek (AfD) möchte zu Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht – wissen, um welche Amtshandlungen der Vergabekammer des Landes Berlin es sich handele, für die Kosten erstattet würden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erwidert, bei der Vergabekammer handele es sich um eine Art Gericht, das bei der Senatsverwaltung angesiedelt sei. Im Rahmen von Anhörungen könnten Kosten entstehen, wozu Mieten, Bürokosten und anderes gehörten.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Protokollierung siehe Wortprotokoll Seite 61 bis 68.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) fragt zu Titel 54053 – Veranstaltungen –, Teilansatz 2 – Bezirksübergreifende Dialogformate zur Steuerung der Zusammenarbeit im Bereich bezirkliche Wirtschaftsförderung gemeinsam für alle 12 Bezirke –, ob der Ansatz in Höhe von 20 000 Euro auskömmlich sei und was davon konkret finanziert werden solle.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, die Senatsverwaltung habe gemeinsam mit der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH und den zwölf Bezirken die bezirksübergreifenden Dialogveranstaltungen entwickelt. Dabei handele es sich um Veranstaltungen mit Moderation, Referenten und Bewirtung mit dem Fokus auf aktuelle wirtschaftspolitische Schwerpunkte und aktuelle Themen der Wirtschaftsförderung im Bezirk. Beispielsweise habe es im Jahr 2018 ein Dialogfrühstück mit zwölf Unternehmen, Bezirksbürgermeistern und der Geschäftsführung der Berlin Partner unter Leitung des Staatssekretärs SenWiEnBe gegeben. Darüber hinaus habe es eine Vernetzung der Unternehmen untereinander gegeben. Ab dem Jahr 2019 habe das Format verstetigt werden sollen, wobei aus Pandemiegründen in den Jahren 2020 und 2021 keine Veranstaltungen stattgefunden hätten. Allerdings seien einige Veranstaltungen im Digitalformat durchgeführt worden, die jedoch keine größeren Kosten verursacht hätten. – Nunmehr solle die Veranstaltungsreihe in wechselnden Formaten mit unterschiedlichen Teilnehmerkreisen und Fragestellungen – beispielsweise ökologische, soziale und digitale Transformation – stattfinden, wobei insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen in den Blick genommen werden sollten. Es solle ein besseres Ver-

ständnis dafür entwickelt werden, was Unternehmen mit Produkten made in Berlin ausmache. Er gehe davon aus, dass der Ansatz auskömmlich sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) lenkt das Augenmerk auf den Umstand, dass für Berlin Partner rund 14,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt würden. Insofern stelle er die Veranschlagung an dieser Stelle infrage und bitte darum, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) unterstreicht, es handele sich keineswegs um Veranstaltungen von Berlin Partner. Die Veranstaltungen würden lediglich gemeinsam mit Berlin Partner durchgeführt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass Titel 54053 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zu Titel 68307, Teilansatz 1 – Aufbau Berlin Finance Initiative –, was sich dahinter genau verberge.

Tobias Bauschke (FDP) möchte zum Teilansatz 3 – Gründerinnen-Förderung – wissen, worum es sich dabei konkret handele.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) legt dar, die Berliner Finance Initiative als Partner der Digital Hub Initiative sowie weiterer zu gewinnender privater Partner solle dabei unterstützen, sich zum Sprachrohr der Berliner Fintech-Industrie zu entwickeln. Es handele sich um eine Anschubfinanzierung, um den Prozess überhaupt in Gang zu bringen. Es würden mit der IBB, Berlin Partner, IHK sowie dem Ostdeutschen Bankenverband erste Gespräche geführt. Es sollten die Idee eines Berlin Houses of Finance and Tech geprüft, sowie weitere Formate und Eventideen geplant werden.

Ziel der Koalition sowie des Senats sei es, den Anteil der Gründerinnen zu erhöhen, dies insbesondere bei den wachstumsstarken Tech-Start-ups. Die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Gründerinnen- und Start-up-Szene seien vielfältig. Zum Teil fehle es an positiven Vorbildern und geeigneten Netzwerken, maßgeschneidertem Coaching oder Zugang zur Finanzierung. Hier solle mit einem breiten Maßnahmebündel angesetzt werden. Derzeit werde gemeinsam mit der IBB die Möglichkeit geprüft, über einen Frauenbonus den Zugang zu Finanzierungsprogrammen zu verbessern, um den Frauenanteil bei der Inanspruchnahme der Programme erhöhen zu können. Zudem sollten Projekte gefördert werden, die spezielle Coaching-, Mentoring- und Vernetzungsmöglichkeiten anböten. Man befinde sich noch in der Konzeptionsphase, vorsorglich seien für das Jahr 2022 Mittel für die Anschubfinanzierung vorgesehen. Es sei noch unklar, ob ein Teil der Maßnahmen ohne einen Geschäftsbesorger umgesetzt werden könnten. Es stehe allerdings fest, dass die Umsetzung der Gesamtmaßnahme nicht ohne die Beauftragung eines Dienstleisters gelingen werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass das Konzept für die Berlin Finance Initiative zu einem von der Verwaltung zu bestimmenden Zeitpunkt vorgelegt werde.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass der Bericht zum 31. Dezember 2022 zugesagt sei.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) wendet sich Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH – zu, wozu sie wissen wolle, worauf der Aufwuchs in Höhe von rund 5 Mio. Euro zurückgehe. In der Erläuterung heiße es zwar, das Mehr gehe auf eine Überführung der bisherigen Projektförderung in eine institutionelle Förderung sowie eine stufenweise Tarifierung zurück, gleichwohl erscheine ihr der Anstieg sehr hoch.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erläutert, in der Sache gehe es um eine Fusion von der Berlin Partner GmbH mit der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH. Der Mittelaufwuchs werde technisch in diesem Titel dargestellt. Es handele sich mithin nicht um zusätzliche Mittel für zusätzliche Aufgaben.

Sibylle Meister (FDP) bittet darum, dass schriftlich dargestellt werde, wofür das Mehr ab 2022 konkret verwendet werde. Sie könne die Antwort auch unter Heranziehung von Titel 69806 – Innovationsförderung – und dessen Teilansätze 3 – Förderung clusterpolitischer Maßnahmen – und 11 – Unterstützung der IoT & Fintech-Hub-Aktivitäten in Berlin im Rahmen der DE:Hub-Initiative des BMWi – nicht nachvollziehen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass zur zweiten Lesung ein Bericht erbeten sei.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung für die Teilansätze 9 – Maßnahmen zum Neustart der Tourismusbranche – und 10 – Maßnahmen zum Neustart der Kongress- und Veranstaltungsbranche – eine Aufschlüsselung vorgelegt und darüber Auskunft gegeben werde, auf welcher Grundlage die Veranschlagung erfolgt sei.

Heiko Melzer (CDU) erweitert den Berichtswunsch dahin, dass ebenfalls für die Teilansätze 7 – Maßnahmen zum Neustart der Einzelhandelsbranche – und 8 – Maßnahmen zum Neustart der Gastronomiebranche – dargestellt werden solle, auf welcher Grundlage die Veranschlagung vorgenommen worden sei und um welche konkreten Maßnahmen es jeweils gehe.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet um Auskunft, inwieweit die Bezirke den Teilansatz 3 – Bezirkliche Tourismusförderung – nutzen und die bereitgestellten 750 000 Euro abriefen. Der Teilansatz enthalte auch Mittel für den Bürgerinnenbeirat. Wann werde dieser Beirat eingerichtet? Gebe es bereits ein Konzept oder müsse dieses noch erarbeitet werden?

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) antwortet, das Konzept für den Bürger- und Bürgerinnenbeirat sei vorhanden, habe aufgrund der Pandemie aber bislang nicht umgesetzt werden können. Die bezirklichen Mittel seien gleichwohl abgerufen worden, allerdings könne sie aus dem Gedächtnis keine detaillierte Darstellung machen. Dies müsse schriftlich berichtet werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zu Teilansatz 7 – Zuwendung für das Projekt „Schuldnerinnen und Schuldner- und Insolvenzberatung für Selbstständige – in Titel 68569 –

Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –, ob der Senat davon ausgehe, dass es keinen Zuwachs beim Beratungsaufkommen geben werde, da die Ansätze für die Jahre 2021 bis 2023 mit jeweils 250 000 Euro gleich hoch seien. Angesichts der Pandemie rechne er eigentlich mit einem erhöhten Bedarf.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erklärt, es werde keine Notwendigkeit für eine Steigerung des Teilansatzes gesehen. Dies vor allem, weil mit keiner neuerlichen Verschlechterung der Situation der Kleinstunternehmer und Soloselbstständigen gerechnet werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass erklärt werde, was es mit der Erläuterung zu Titel 68606 – Zuschuss an Rennvereine gemäß Rennwett- und Lotteriegesetz – auf sich habe, dass künftig „der zuweisungsfähige Betrag in Höhe von 96 Prozent der Totalisator- und Buchmachersteuer um den Betrag der Sportwettsteuer erhöht“ werde, „der von ausländischen Sportwettveranstaltern auf inländische Pferderennen abgeführt“ werde.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) trägt vor, im Lotteriebereich komme es auch zu Einnahmen aus Pferdewetten. Mittels eines komplizierten Verfahrens würden den Totalisatoren Erstattungsbeiträge nach dem Rennen zugeteilt. Unter dem Strich verbleibe gleichwohl ein Gewinn, der zur Förderung des Rennsports genutzt werden solle. Aus traditionellen Gründen sei SenWiEnBe für die Zuteilung der Gewinne zuständig, obwohl es diese Aufgabe gern an die Umweltverwaltung abgeben würde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob gesetzliche Änderungen bei der Rennwett- und Lotteriesteuer zu erwarten seien.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) antwortet, der Verwaltung seien keine Änderungsabsichten bekannt. Vielmehr habe es gerade Klärungen zwischen Bundes- und EU-Ebene gegeben.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) wünscht, dass zu Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte – schriftlich berichtet werde, um welche Maßnahmen es sich dabei konkret gehandelt habe.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 erbeten werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) wirft die Fragen auf, über wie viele Stellen die Landeskartellbehörde verfüge, wie viele Vorgänge sie bearbeite, ob die Ausstattung als auskömmlich erachtet werde und wie sie künftig aufgestellt werden solle.

Amtierender Vorsitzender André Schulze stellt fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – IV D 11 / IV C 11 – vom
03.03.2022

[0214](#)
Haupt

Ausschöpfung der EFRE-, ESF- und GRW-Mittel
gemäß Auflage B. 91 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Heiko Melzer (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde Fragen zum Komplex ESF- und EFRE-Mittel einreichen. Diese würden sich auf die Ausgaben in der Vergangenheit sowie auf die Jahre 2022 und 2023 beziehen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Fragen bis Freitag, dem 8. April 2022, 14.00 Uhr eingereicht werden müssten. – Der Bericht rote Nr. 0214 sei zur Kenntnis genommen.

Tobias Bauschke (FDP) erklärt, es möge dargelegt werden, wie die aktuellen Planungen hinsichtlich des ICC aussähen. Seines Wissens habe es eine Ausschreibung gegeben.

Auf die Bitte von **Senator Stephan Schwarz** (SenWiEnBe), es möge verdeutlicht werden, auf welche Ausschreibung sich bezogen werde, erklärt **Tobias Bauschke** (FDP), es gehe um das Betreiben des ICC.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) betont, es handele sich nicht um eine Ausschreibung, sondern ein Interessenbekundungsverfahren im Jahr 2019. Damit sei die Marktfähigkeit des Gebäudes festgestellt worden. Derzeit würden die Optionen, die sich aus dem Interessenbekundungsverfahren ergäben, aufbereitet. Vermutlich werde dieser Vorgang in eine Art Konzeptverfahren münden. Der Beginn in diesem Jahr sei noch nicht geklärt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt, das gesamte Kapitel 1330 möge zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Heiko Melzer (CDU) erklärt, eigentlich habe er das Thema ICC in Zusammenhang mit Titel 89123 – Zuschüsse an das SILB zur Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC) – aufrufen wollen. Da das Thema aber bereits aufgerufen sei, schließe er an. Der Titel weise einen Ansatz von je 100 000 Euro pro Jahr aus. Er bitte um einen schriftlichen Bericht zum weiteren Fahrplan beim Umgang mit dem ICC und eine Erläuterung, warum erneut eine Analyse vorgenommen werden solle. Er wolle wissen, wie der Senator persönlich die Zukunft des ICC einschätze und wie er sich zu einer Kooperationslösung mit privaten Investoren positioniere. Für wie realistisch würden die Ansätze der Jahre 2022 und 2023 eingeschätzt? Seien diese auskömmlich?

Sibylle Meister (FDP) wünscht, dass die Vorgaben für das Konzeptverfahren dem Ausschuss vorgelegt würden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) unterstreicht, Konzeptverfahren und Interessenbekundungsverfahren unterschieden sich. Das Interessenbekundungsverfahren sei der erste Schritt gewesen, das Konzeptverfahren der zweite. Für Letzteres würden Vorgaben formuliert, anhand derer Einreichungen bewertet würden. Im Anschluss daran würden politische Entscheidungen getroffen. Seine Verwaltung habe ein Interesse daran, dass das Gebäude nicht weitere fünf Jahre ungenutzt sei, wobei es in den vergangenen Jahren verschiedenen Nutzungen zugeführt worden sei, u. a. als Impfzentrum.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass alle Fragen zur Thematik ICC mittels eines Berichts beantwortet würden.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) fragt, welche Annahmen dazu geführt hätten, dass sich bei Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts – die Gewinnerwartung von 2022 auf 2023 um rund 32 Mio. Euro erhöhe. Wäre es nicht sinnvoller, diese Summen in die Wasserbetriebe zu investieren, beispielsweise für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie?

Heiko Melzer (CDU) äußert, auch ihn interessierten die Kalkulationsgrundlagen für die Gewinnabführung. Der Ansatz 2023 weiche deutlich vom Ist 2021 ab. Er bitte um einen Bericht.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) verweist darauf, Grundlage für die Gewinnerwartung sei der Wirtschaftsplan der Berliner Wasserbetriebe. Die dort enthaltenen Schwankungen hingen damit zusammen, dass für die Tarifikalkulation die Zahlen über zwei Jahre zugrunde gelegt würden. Die Kostenschwankungen schlugen dadurch auf das Ergebnis durch. Er sage zu, dies schriftlich darzustellen.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bekundet, es freue sie, dass es neue kommunale Gewerbehöfe geben solle. Sie bitte um Auskunft in Zusammenhang mit Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –, welche Gewerbehöfe in den kommenden Jahren aufgebaut werden sollten. Mit welchen Kosten werde dabei kalkuliert? Welche weiteren Grundstücke sollten angekauft werden? – Wenn die Fragen schriftlich beantwortet werden sollten, werde sie weitere Fragen beim Ausschussbüro einreichen.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erwidert, es seien bislang keine konkreten Grundstücke ins Auge gefasst worden. Die Kosten hingen vom jeweiligen Standort, der Größe des Projekts sowie den Kostensteigerungen im Baubereich ab. Er befürchte, dass auch schriftlich keine präzisere Auskunft erteilt werden könne. Die WISTA Management GmbH als landeseigenes Unternehmen werde Fremdkapital für diese Bauvorhaben aufnehmen. Die Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH ermögliche eine bessere Finanzierungssituation der geplanten Maßnahmen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze weist darauf hin, dass bis Freitag die Möglichkeit bestehe, weitere Fragen zu diesem Themenkomplex einzureichen.

Antonin Brousek (AfD) möchte zu Titel 86212 – Darlehen und andere Finanzinstrumente an Unternehmen zur Soforthilfe – wissen, ob und wann mit Rückflüssen zu rechnen sei. Im Jahr 2020 habe das Ist bei rund 17,3 Mio. Euro gelegen, der Ansatz 2021 habe sich auf 25 Mio. Euro belaufen. Er vermute, dass es sich dabei um Coronahilfen gehandelt habe.

Sibylle Meister (FDP) wendet sich Titel 83167 – Einrichtung einer Berliner Turn-around-Gesellschaft (Sanierungsbeteiligungsgesellschaft) bei der IBB – zu, zu dem sie wissen wolle, wie der aktuelle Stand und wie erfolgreich das Projekt seien.

Heiko Melzer (CDU) erklärt, er wünsche zur Turn-around-Gesellschaft einen schriftlichen Bericht. – Titel 86212 interpretiere er so, dass der Titel auslaufe, weil neu strukturiert worden sei. Könne dies bestätigt werden.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Fragen zu Titel 86212 schriftlich beantwortet werden sollten?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bestätigt, dass die Soforthilfen neu strukturiert würden. – Weil derzeit noch die vorläufige Haushaltswirtschaft gelte, sei die Turn-around-Gesellschaft noch nicht tätig. Insofern werfe er die Frage auf, ob dennoch ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Sibylle Meister (FDP) bekräftigt, es sei ein schriftlicher Bericht notwendig. Sie könne sich nur schwer vorstellen, dass die Senatsverwaltung in Beteiligungen einsteige, von denen sie froh gewesen sei, dass das Land Berlin sie losgeworden sei. Sie wolle deshalb wissen, woran sich das Land Berlin beteiligen wolle.

Heiko Melzer (CDU) bestätigt, aus einem neuen Titel könne bei einem noch nicht verabschiedetem Haushalt noch nichts finanziert worden sein. Gleichwohl interessiere ihn, welchen strategischen Hintergrund es gebe und wie der Aufbau der Turn-around-Gesellschaft aussehen solle. Es gebe auch anderswo bei der IBB Beteiligungsformate, was nicht grundsätzlich schlecht sei. Er beharre weiter auf einen schriftlichen Bericht.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass zu Titel 83167 schriftlich berichtet werde.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) äußert, es verwundere sie, dass Titel 89360 – Energetische Sanierung von Wohngebäuden – als „neu“ gekennzeichnet sei. Ihres Wissens befänden sich die diesbezüglichen Ansätze in Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus –. Handele es sich in diesem Fall um ein altes Programm?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erläutert, es handele sich um das alte Programm, das an dieser Stelle lediglich technisch neu dargestellt werde.

Auf die Frage von **Katrin Schmidberger** (GRÜNE), ob das künftige neue Programm im Einzelplan 12 abgedeckt werde, antwortet **Senator Stephan Schwarz** (SenWiEnBe), er wisse nicht, was im Einzelplan 12 veranschlagt sei. Mittels Titel 89360 werde das alte Programm abgewickelt.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) möchte wissen, ob es für die Jahre 2022 und 2023 noch Fördergelder für das alte Programm gebe oder ob diese erschöpft seien.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) stellt dar, dass der Titel ab 2023 einen Ansatz ausweise.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet darum, dass ihre Fragen schriftlich beantwortet würden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Heiko Melzer (CDU) wünscht, dass zu Titel 83103 – Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH – ein schriftlicher Bericht vorgelegt werde, in dem auf die Umsetzung des Masterplans eingegangen werden solle. Zudem kündige er an, weitere Fragen im Rahmen der gesetzten Frist beim Ausschussbüro einreichen zu wollen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass zu Titel 83103 um einen Bericht gebeten werde.

Lars Rauchfuß (SPD) fragt zu Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –, weshalb beim Teilansatz 2 – Kosten für den Winterdienst – 3 Mio. Euro weniger veranschlagt würden. Sei der Bedarf nicht mehr so hoch?

Katrin Schmidberger (GRÜNE) wendet sich Teilansatz 4 – Kosten der Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen sowie Waldflächen – zu, zu dem sie wissen wolle, ob der dort verzeichnete Aufwuchs als auskömmlich erachtet werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) lenkt das Augenmerk auf den Umstand, dass die fachliche Zuständigkeit für die Straßenreinigung bei einer anderen Senatsverwaltung liege und nicht bei SenWiEnBe. In welcher Form würden die Mittel bewirtschaftet? – Der Ansatz für das Jahr 2023 sei gegenüber dem Jahr 2022 um 11 Mio. Euro höher, wovon der Großteil auf das Thema Straßenreinigung entfalle. Welche Leistungen seien damit verbunden? Könne mitgeteilt werden, wie hoch das Gesamtbudget des von SenWiEnBe beaufsichtigten Unternehmens insgesamt sei?

Antonin Brousek (AfD) geht davon aus, dass die mit dem 9-Euro-Ticket für drei Monate verbundenen Kosten noch nicht in die Ansätze eingepreist seien. Sei bereits absehbar, zu welchen finanziellen Belastungen dieses Angebot führen werde? Er frage dies an dieser Stelle, weil bei Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG – erstmals die BVG erscheine.

Amtierender Vorsitzender André Schulze weist darauf hin, dass sich das 9-Euro-Ticket im Einzelplan 07 niederschlagen werde.

Heiko Melzer (CDU) kommt zurück auf Titel 52136, zu dem er wissen wolle, weshalb im Jahr 2022 die Bezirke die Veranschlagung vornähmen, im Jahr 2023 dann aber ein Wechsel hin zur Senatsverwaltung stattfinde. Bei den Straßen gebe es eine Unterscheidung in solche mit und ohne Anlieger, wobei er vermute, dass es sich bei denjenigen ohne Anlieger um

Grünflächen handele. Er wolle wissen, ob es eine Veränderung des Ansatzes für die Straßen mit Anliegern gebe. Hinsichtlich des Teilansatzes Winterdienst bitte er um einen schriftlichen Bericht über die Kalkulationsgrundlage. – Es freue ihn, dass der Teilansatz 3 – Sonderreinigungen bzgl. Aufwendungen für die Beseitigung von Verschmutzungen, die über das normale Maß hinausgehen – erhöht worden sei, stelle aber infrage, dass die Erhöhung ausreiche. Für die Teilansätze 3 und 4 – Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen – bitte er um einen Bericht, was von wem auf welcher Grundlage und in welchen Intervallen gereinigt werde.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bestätigt, dass der Teilansatz für den Winterdienst auf der Annahme basiere, die Winter seien künftig milder. Allerdings entstünden dennoch Vorhaltekosten in nicht unerheblichem Umfang. – Die Sonderreinigungen – Teilansatz 3 – sollten intensiviert werden. Dies könne gern schriftlich im Detail dargestellt werden.

Klaus-Wolfgang Taufmann (SenWiEnBe) erläutert, der Anstieg der Kosten für den Teilansatz 1 – Straßenreinigung – sei darin begründet, dass SenUMVK beabsichtige, eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Deshalb sei der Ansatz für das Jahr 2022 auch noch nicht erhöht. Ab 2023 sollten die an öffentlichen Parks und Grünanlagen liegenden Straßen von der Straßenreinigung gereinigt werden. Die Einsparungen schlugen sich dann bei den Bezirken nieder.

Beim Winterdienst seien die Kosten im Jahr 2021 niedriger ausgefallen als die Anmeldungen für die Jahre 2022 und 2023. Bei der Ansatzbildung sei von einem normalen Berliner Winter ausgegangen worden, der schwer einschätzbar sei. Die Kosten ließen sich nicht erheblich reduzieren, weil bestimmte Hardware sowie Personalressourcen vorgehalten werden müssten.

Christian Goiny (CDU) erbittet einen Bericht, aus dem ersichtlich werde, welche Beträge in welchem Bezirkshaushaltsplan entfielen und stattdessen im Einzelplan 13 ausgewiesen würden. Sei dieser Umstand den Bezirken überhaupt bekannt? – Aus seiner Sicht sei Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG – im Einzelplan 13 falsch etatisiert und müsste eigentlich im Einzelplan 07 ausgewiesen werden. Er bitte um einen Bericht mit einer Darlegung, warum die Etatisierung des Titels im Einzelplan 13 erfolge und nicht im Einzelplan 07.

Heiko Melzer (CDU) erklärt, er erweitere den Berichtswunsch um Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten –, für den ebenfalls erläutert werden solle, warum die Etatisierung in diesem Einzelplan erfolge. – Hinsichtlich der Kosten für Straßenreinigung interessiere ihn, ob die Verlagerung von den Bezirken in den Einzelplan 13 eins zu eins erfolgt sei oder ob es in der Summe eine Veränderung gegeben habe. Habe er es richtig verstanden, dass die Umweltverwaltung dem Parlament eine Gesetzesänderung vorschlagen wolle und allein auf der Grundlage dieser Absicht eine Veranschlagung vorgenommen worden sei? Dies sei aus seiner Sicht sehr frühzeitig, denn es gebe noch nicht einmal eine Gesetzesvorlage.

Klaus-Wolfgang Taufmann (SenWiEnBe) legt dar, es könnten nur die Ausgaben veranschlagt werden, bei denen die Verwaltung davon überzeugt sei, dass sie Veranschlagungsreife hätten. SenUMVK habe darüber informiert, dass sie beabsichtige, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen. Dies habe zu einer Veranschlagung geführt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht, es möge eine haushaltsrechtliche Einschätzung dieses Vorgehens vorgenommen werden. Seines Wissens müssten, sobald Gesetze in Kraft

getreten seien und sich daraus Finanzierungsnotwendigkeiten ergäben, die Auswirkungen auch in einem laufenden Haushalt nachvollzogen werden. Dies in einem Stadium zu tun, in dem noch nicht einmal ein Gesetzentwurf vorliege, erstaune ihn.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) bringt zum Ausdruck, dass schriftlich berichtet werde.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Fragekomplexe zu den Teilsätzen 1 bis 4 in Titel 51236 schriftlich beantwortet würden. Ein weiterer Berichtsauftrag werde in Zusammenhang mit den Titeln 68212 und 68213 ausgelöst.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erweitert den Berichtsauftrag zu den Titeln 68212 und 68213 dahin gehend, dass auch darauf eingegangen werden solle, in welchem Einzelplan die Veranschlagung des geplanten 9-Euro-Tickets erfolgen werde – 07 oder 13.

Amtierender Vorsitzender André Schulze stellt fest, dass diese Frage ebenfalls schriftlich beantwortet werde.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet um eine Prognose, wie sich die Ruhegeldzahlungen, die aus Titel 68213 geleistet würden, in den kommenden Jahren entwickeln würden. Würden die Aufwendungen dafür stetig abnehmen? Für wann könne mit einem Ende dieser Zahlungen gerechnet werden?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erläutert, die Zahlungen würden sich in den kommenden Jahren weiter minimieren. Der Ansatz selbst werde unter Verwendung eines versicherungsmathematischen Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze weist darauf hin, zu Titel 68213 könnten noch bis Freitag Fragen beim Ausschussbüro eingereicht werden.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Mitberaten werden:

Bericht SenWiEnBe – ZS F 13 – vom 03.12.2021

Wirtschaftspläne 2022/2023

hier nur:

- **Landesbetrieb Berlin Energie**
 - **Berlin Energie, Eigenbetrieb von Berlin**
 - **BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH
ehemals Berlin Energie REKOM 2 GmbH**
 - **Berlin Energie Netz und Service GmbH**
 - **DAB Digitalagentur Berlin GmbH**
 - **BGZ Berliner Gesellschaft für internationale
Zusammenarbeit mbH**
 - **EPIZ Entwicklungspolitisches Bildungs- und
Informationszentrum e. V.**
- gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0066](#)

Haupt

Sibylle Meister (FDP) äußert, es verwundere sie, dass im Wirtschaftsplan der Digitalagentur bei den Erträgen überall eine Null ausgewiesen sei. Bedeute dies, dass entweder alle Beratungen kostenlos erfolgten oder sei noch niemand beraten worden?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bestätigt, die Beratungen seien kostenlos, weshalb keine Beträge hinterlegt seien.

Thomas Krause (SenWiEnBe) führt aus, die Digitalagentur sei explizit als Lotsen- und Übersichtsangebot geschaffen worden, die Unternehmen niedrigschwellig als erste Anlaufstelle berate und ihnen mitteile, wo sie Beratungen, Förderung und sonstige Unterstützung auf ihrem Weg in die digitale Transformation erhalten könnten. Der Digitalagentur seien die Förderprogramme der IBB und die des Bundes bekannt, außerdem kenne sie private Beratungsangebote. Sie solle zudem weitere niedrigschwellige Angebote, wie die Cyberhotline, ins Leben rufen.

Sibylle Meister (FDP) bedeutet, sie könne sich sehr wohl vorstellen durch das Dickicht der Förderprogramme zu führen, unklar sei ihr jedoch, wie die Digitalagentur an privatwirtschaftliche Unternehmen weiterleite. Erhalte sie dafür Provisionen? Seien mit bestimmten Firmen Verträge abgeschlossen worden?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) unterstreicht, es würden keine einzelnen Unternehmen empfohlen. Es würden Datenbanken aufgebaut. Man wolle nicht in den Wettbewerb mit privatwirtschaftlich geführten Unternehmen eintreten. Es handele sich um eine neutrale Beratung, bei der seines Wissens keine Provisionen gezahlt würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0066 hinsichtlich der aufgelisteten Betriebe zur Kenntnis.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wendet sich Titel 23232 – Einnahmen aus mess- und eichtechnischen Dienstleistungen – zu, der mit Titel 63203 – Ersatz von Ausgaben an Länder – korrespondiere. Seiner Fraktion sei aufgefallen, dass das Ist 2021 um 1 Mio. Euro unterhalb der Veranschlagung liege, andererseits sei jedoch beim Ausgabebetitel ein Anstieg der Veranschlagung festzustellen. Er sei bislang davon ausgegangen, dass die Titel sich gegenseitig tragen sollten. Er bitte um Erläuterung.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bittet darum, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden dürften. Es handele sich um ein komplexes Thema, zumal gerade neue Aufgaben zu bewältigen seien.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bezieht sich auf Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –, bei dem sie davon ausgehe, dass derzeit die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau keine Priorität genieße. Sie rege an, dass der Erläuterungstext aktualisiert werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) interessiert, ob die aus Titel 54010 – Dienstleistungen – finanzierten diversen Förderprogramme hinsichtlich ihres Zweckes jeweils aufgingen? Wäre es angesichts der aktuellen geopolitischen Lage nicht sinnvoll, Projekte der Energiewende, den Energieatlas oder das Programm SolarPlus zu verstärken? Ihm sei bewusst, dass der Haushaltsplanentwurf vor Beginn des Krieges in der Ukraine erstellt worden sei. Er erkenne eine gewisse Schieflage angesichts des Umstandes, dass die Berlin Fashion Week oder das Kreativ- und Digitalfestival mit mehreren Millionen Euro gefördert würden, für die Wärmewende aber nur 200 000 Euro vorgesehen seien. Wäre hier nicht ein Nachsteuern nötig? – Was verberge sich hinter der lfd. Nr. 19 – Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen im Kontext der Digitalisierungsstrategie – und Nr. 26 – Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Digitalprämie Berlin – genau? – Zudem sei ihm aufgefallen, dass in manchen Fällen von der Gigabitstrategie gesprochen werde, in anderen dann aber wieder von 5G- und 6G-Maßnahmen. Er bitte um eine Erläuterung, weshalb dem so sei. Würden Unternehmen, deren Datenschutzstandards nicht hoch genug seien bzw. die der Spionage verdächtigt seien, von Förderungen ausgeschlossen?

Katrin Schmidberger (GRÜNE) wirft die Frage auf, was genau sich hinter der lfd. Nr. 13 – Clearingstelle „Energetische Sanierung“ – verberge. Handele es sich dabei um die Programmbetreuung und Begleitung?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) räumt ein, aus strategischer Sicht sei das Thema Wärmewende virulent. Natürlich könnte man mehr machen, er plädiere aber dafür, sich auf das zu konzentrieren, was man auch wirklich innerhalb von anderthalb Jahren umsetzen könne. Er warne davor, das Thema Wärmewende gegen Themen auszuspielen, die für Fachkräfte wichtig seien. Dazu gehöre die Kreativwirtschaft. Für alle Themen würden Fachkräfte benötigt, die gern in der Stadt leben wollten. Insofern hingen die Dinge zusammen.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, dass mit der Nr. 19 – Digitalstrategie – Methoden und Werkzeuge für die Verwaltung aufgebaut werden sollten, um komplexe und ressortübergreifende Digitalvorhaben umzusetzen. In der laufenden Legislaturperiode werde daran gearbeitet, über die Struktur des Chief Digital Officer eine Steuerung und Koordination für digitalpolitische Themen aufzubauen. Damit werde die Steuerung der dezentralen Umstrukturierungen und Fachfelder verbessert und eine Systematisierung der Vorhaben erreicht. Die eingestellten Finanzmittel seien für die Finanzierung und der Umsetzung der zentralen Steuerung, aber auch für Dienstleistungen und spezifische Projekte vorgesehen. – Bei der Nr. 26 – Geschäftsprogramm – handle es sich um die Geschäftsbesorgungen der IBB, die das Programm Digitalprämie zwendungstechnisch umsetze. – Das Ziel der Gigabit-Strategie und der eingestellten Titel für 5G und 6G sei, die marktwirtschaftliche Ausrichtung der TKU im Bereich des Glasfasernetzes und 5G zu unterstützen, und die Genehmigungsverfahren in den Bezirken zu begleiten. Daneben gebe es Projekte, die mit Landesmitteln kofinanziert würden sowie spezifische Förderprogramme für technologische "Leuchtturmprojekte" wie einem 5G- und 6G-Netzwerk auf dem Siemens-Campus.

Amtierender Vorsitzender André Schulze erinnert, dass die Frage der Abgeordneten Schmidberger noch nicht beantwortet sei.

Thomas Krause (SenWiEnBe) führt zur Clearingstelle aus, dass das ein neues Beratungsprogramm zur energetischen Gebäudesanierung sei, um den Verbraucherschutz und andere Angebote zu ergänzen, und um mögliche Antragsteller/-innen bei Fragen zu unterstützen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass zur Nr. 23 – Umsetzung der Gigabit-Strategie – bis zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht erstellt werde, der aufzeige, welche Maßnahmen und Dienstleistungen geplant seien und die Grundlage der veranschlagten Summen bildeten.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) fragt nach, ob die Clearing-Stelle "Energetische Sanierung" ausschließlich für Wohngebäude gedacht sei.

Thomas Krause (SenWiEnBe) antwortet, dass das der Fall sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) weist darauf hin, dass für die Wärmewende, die übergreifend als dringliches Projekt angesehen werde, 250 000 Euro eingestellt seien, während für diverse Kreativveranstaltungen 20 Mio. Euro eingeplant seien. Es brauche, auch angesichts der geänderten Lage, eine strategische Neubewertung, da es mit Sicherheit weitere finanzielle Potenziale gebe. Es müsse adressiert werden, was in dieser Hinsicht mit mehr Geld möglich sei.

Torsten Schneider (SPD) merkt an, dass auf der einen Seite der Senat seinen vorgelegten Haushaltsentwurf kaum radikal umarbeiten werde und es die Aufgabe der Abgeordneten sei, entsprechende Änderungsanträge mit Finanzierungsvorschlägen einzubringen. Auf der anderen Seite scheine die Bürgermeisterin Jarasch auf eine strategische Entscheidung hinzuwirken, sodass der Senat ebenfalls ermuntert werden könne, Finanzierungsvorschläge mit einer Nachschiebeliste vorzulegen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass zur Nr. 23 – Umsetzung der Gigabit-Strategie – ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, dass die weiteren Fragen schriftlich beantwortet würden.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zu Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder – um Erläuterung, warum der Ansatz von 70 000 Euro in 2021 auf 184 000 Euro in 2022 steige und was der Zweck der Verpflichtungsermächtigung sei.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, das seien die Mittel, die gemäß Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Bergbehörde und energieaufsichtliche Zuständigkeiten für das Landesamt Bergbau, Geologie, Rohstoffe anfielen. Die Kosten würden gemäß einer Verwaltungsvereinbarung nach einem gesetzten Schlüssel mit Brandenburg geteilt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) präzisiert, ihn interessiere die fachliche Begründung des plötzlichen Anstiegs der nötigen Finanzmittel innerhalb eines Jahres.

Thomas Krause (SenWiEnBe) antwortet, das begründe sich mit der Einführung eines neuen digitalen Verfahrens.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Tobias Bauschke (FDP) fragt zur lfd. Nr. 7 – Förderprogramm Digitalprämie Berlin –, warum der Ansatz abnehme. – Warum gebe es bei der lfd. Nr. 12 – Förderprogramm Ladeinfrastruktur – erst ab 2023 eine Förderung? – Eine Anmerkung sei, dass die Erläuterungen nicht mit den laufenden Nummern des Titels übereinstimmten.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, bei dem Förderprogramm Digitalprämie werde die Entwicklung der Nachfrage abgewartet und gegebenenfalls weitere Mittel des Innovationsförderfonds beantragt. Der redaktionelle Hinweis sei hilfreich.

Amtierender Vorsitzender André Schulze bittet, die noch ausstehende Frage zu beantworten.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, dass der Koalitionsvertrag die Entwicklung eines Gesamtkonzepts der Ladeinfrastruktur in Berlin beinhalte. Die Förderung im öffentlichen Straßenraum obliege der SenUMVK, während die SenWiEnBe für die Entwicklung der Ladeinfrastruktur im halböffentlichen Raum wie Parkplätze von Bürgerämtern, Supermärkten und Hotelgaragen zuständig sei. Derzeit werde eine Potenzial- und Bedarfsanalyse erstellt, die zeigen solle, wo Ladebedarfe und -vorgänge stattfänden und die Ladeinfrastruktur so gestaltet werden könne, dass sie mit anderen verkehrspolitischen Zielsetzungen übereinstimme.

Tobias Bauschke (FDP) fragt nach, ob die eingestellten 2 Mio. Euro nur für die Erarbeitung des Konzepts gedacht oder ob auch konkrete Umsetzungen eingeplant seien.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Präzisierung, ob an die geplanten Strukturen der Stadtwerke für das öffentliche Straßenland angedockt werde und darüber ein Angebot an Private gemacht werde, im nichtöffentlichen Bereich Ladeinfrastrukturen aufzubauen.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, die grundlegende Idee sei, die Errichtung von Ladeinfrastrukturen mit neuen Technologievorhaben wie der Sektorkopplung zu unterstützen und eine landesseitige Anschubfinanzierung zu stellen. Des Weiteren sei es das Ziel, die konzeptuellen und technischen Grundlagen zu erarbeiten, weil das auch mit weiteren Anforderungen an das Stromnetz verknüpft sei. Um zu erfahren, welche technischen Vorarbeiten geleistet werden müssten, bilde der Titel auch notwendige Unterstützungs- und Beratungsmaßnahmen ab.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt, dass Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation – zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass der Titel 68542 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum der Ansatz bei der lfd. Nr. 2 – Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene –, auf 250 000 Euro halbiert werde. Andere Förderprogramme würden die Baukostensteigerungen berücksichtigen. – Wie viele Clubs würden mit der Summe gefördert?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) unterstreicht, dieser Ansatz müsse nachvollziehbar erläutert werden, da die Reduzierung wegen mehrerer Aspekte problematisch sei. Wirtschaftspolitisch sei es wünschenswert, Betriebe, die von den Coronamaßnahmen besonders betroffen gewesen seien, zu unterstützen. Das gelte insbesondere für die Clubs, die das Image der Stadt prägten, und für die Anwohner/-innen, die vor Lärmemissionen geschützt werden müssten. Er sei sicher, dass die fehlenden 250 000 Euro von anderen Titeln genommen werden könnten.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) stimmt zu, dass die Förderung bedeutend sei. Damit würden Schallschutzmaßnahmen wie Lärmschutzfenster und -türen, Schallschutzschleusen usw. gefördert. Es sei nicht nötig, Gelder von anderen Titeln zu nehmen, da es noch eine Reserve von über 1 Mio. Euro gebe.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zum Titel 88102 – Zuweisungen an den Bund für Investitionen –, wofür die Verpflichtungsermächtigung ab 2024 mit je 1,3 Mio. Euro vorgesehen sei.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Antonin Brousek (AfD) bittet zum Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas – um eine Erläuterung, wie das Verfahren gedacht sei. Es gebe eine Verpflichtungsermächtigung von 6 Mio. Euro bis 2025 mit pro Jahr 2 Mio. Euro. Derzeit laufe ein Bewerbungsverfahren, an dessen Ende eine juristische Person des Privatrechts tätig werden solle, um das Projekt zu übernehmen. Bedeute das, dass die auflaufenden Verluste übernommen würden oder solle mit diesem Konstrukt die Verlustfortschreibung verhindert werden?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Amtierender Vorsitzender André Schulze hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 13 ab. Die schriftlichen Berichte würden rechtzeitig zur zweiten Lesung am 25. Mai 2022 als Sammelvorlage erwartet.

Einzelplan 27

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Keine Wortmeldung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.